

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Zobanngasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Sonntags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/2 9 Uhr.
In den Sälen für Inf.-Anstalt:
Lito Klemm, Ueberstr. 22.
Litho Klemm, Katharinenstr. 18, v.
nur bis 1/2 3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,250.
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.,
incl. Fracht 5 Rthl.,
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 25 Pf.
mit Postbefreiung 40 Pf.
Inserate (gep. Zeitung) 20 Pf.
Geleg. Schriften laut unterm.
Preisverzeichnis. — Tabellen-
satz nach höherem Tarif.
Klammern unter dem Druckstrich
die Spalten 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedi-
tion zu zahlen. — Abat wird nur
gegeben. Zahlung per numerum
oder durch Contocorrent.

No 116.

Donnerstag den 26. April 1877.

71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Herr Friedrich Gustav Kirken beabsichtigt in seinem an der Gerberstraße unter Nr. 55 ge-
legenen Grundstücke Nr. 1957 a/b des Flurbuchs und Fol. 1246 des Grund- und Hypothekenbuchs
für die Stadt Leipzig eine Schlächtereier für Kleinvieh zu errichten.
Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniss mit der Aufforderung, etwaige
Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen
vierzehn Tagen und längstens am

12. Mai dieses Jahres

bei uns anzubringen.

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der
Erledigung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen
Entscheidung zu verweisen.

Leipzig, am 23. April 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Schleusenbauten wird der **Kanstädter Steinweg bis auf Weiteres**
für den **durchgehenden Fahrverkehr gesperrt**; die jeweilig von den Banarbeiten betroffenen
Strecken müssen für **allen Fahrverkehr gesperrt** werden.
Leipzig, am 24. April 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Dr. Reichel.

Bekanntmachung.

Das Blechdach des eisernen Vadeschuppens auf dem Waageplatze soll mit **Welfarbenanstrich**
versehen und diese Arbeit in Accord vergeben werden. Die Bedingungen liegen im Bureau aus,
wofür auch bis **Montag, den 7. Mai d. J. Abends 5 Uhr** die Preisforderungen unter-
schrieben, versiegelt und versehen mit der Aufschrift „Vadeschuppen“ abgegeben sind.
Leipzig, den 25. April 1877.

Des Raths Deputation.

Leipzig, 25. April.

Bater Wollte hat gesprochen! Es ist zehn
gegen eins zu wetten, daß ein wichtiges Interesse
im Spiele ist, wenn Wollte, der große Schwieger,
sich einmal zum Reden bequemt. Und das ist
dann auch bei dem letzten Auftreten Wollte's im
Rathstage der Fall gewesen. Er handelte sich
um eine notwendige Ergänzungsmittelregel für
die Führung des deutschen Heeres, um eine Ver-
rückung des Infanteriecorps, und zwar der activen,
auch im Frieden bei den Fahnen befindlichen
Officiere, zu welchem Zwecke die Kriegsgleitung
zum Parlament mit einer bedeutenden Mehr-
heit für die Schaffung von 122 neuen
Hauptmannstellen eingekommen war. Eine
Repräsentation in dieser Zeit der traurigsten
Geschäftsfrage, und zwar zur Stärkung unserer
Militärmacht, die kaum noch der Steigerung
fähig schien und uns schon ohnehin so enorme
Lasten und Opfer auferlegt! Regt sich da nicht
mit Recht der Geist des Zweifels und des Wider-
spruchs? Grund genug für Wollte, vor den Riß
zu treten und Jauchz abzulegen für die Not-
wendigkeit des neuen Opfers, welches die nation-
ale Ehre und die Sorge um die Sicherheit des
Vaterlandes von uns fordert. Er wies hin auf
die riesenhafte und nur zu sehr von Erfolg ge-
krönten Anstrengungen der Franzosen, ihre mili-
tairische Machtstellung wieder aufzurichten, die
unsern nicht nur gleichzukommen, sondern sie so-
gar zu überflügeln. Er deutete an, wie jenes
Volk, seit Jahren unablässig fortarbeitend,
sich zum Kriege mit uns vorbereitet, wie langsam
und zweckmäßig, wie ernst und bedrohlich die Ein-
richtungen sind, die es in Voraussicht eines
solchen Krieges getroffen hat und fortwährend
trifft. Er gab damit zugleich unsern westlichen
Nachbarn den freundlichen Wink, daß er wohl
unterrichtet sei von ihrem Thun und Treiben,
daß seine Vorsicht und Wachsamkeit durch die Er-
folge der deutschen Waffen nicht gelendet, nicht
betäubt sei, daß er vielmehr — getreu seinem Grund-
satze, den Gegner nicht zu unterschätzen — dessen Be-
wegungen mit scharfem Auge verfolgte. Insofern haben
die Erklärungen des großen Feldherrn bei allem
Ehrgeiz doch, genau betrachtet, eine friedliche Spitze
— gerade wie die Maßregel selbst, für die Wollte
eintrat. Weiß Frankreich, daß wir unermüdetlich
auf die Erhaltung und Festigung unserer Wehr-
kraft bedacht sind, daß wir, um mit der feinen
Schritt zu halten, keine Opfer scheuen, daß es
uns nicht gelingen wird, uns in einem Augenblick der
Schwäche zu überfallen und zu überrumpeln —
so wird es auch nicht so bald daran gehen, seine
Kriegsbereitschaft gegen uns zu verwirklichen. Und Zeit
genommen, Alles genommen. Ist der Krieg einmal
um einige fernere Jahre hinausgeschoben, dann ist
es vielleicht doch möglich, daß wir ganz um ihn
herankommen. Da, aber ist nötig, daß wir
den Franzosen zeigen: wir sind auf dem Damm,
wir fürchten uns nicht! Die andauernde Kriegs-
bereitschaft ist gewiss ein Uebel, aber ein kleines
im Verhältnis zum Kriege selbst, und wollen wir
uns schwere Prüfungen ersparen, so müssen wir,
da wir nun einmal nicht allein in der Welt sind,
noch immer nach dem Sage handeln: si vis
pacem, para bellum! Wer den Frieden will,
muß sich kriegerisch erhalten!

Das ist die erste Mahnung, die wir aus
Wollte's Worten herauslesen; sie ist aber zugleich
herausberühmend, und von einem unmittelbaren
bedrohenden neuen Kriege zwischen Deutsch-
land und Frankreich ist nicht die Spur darin zu
finden. Dem Wollte'schen Telegraphenbureau, das
gerne einen Auszug aus der Wollte'schen Rede
in alle Winde trug, können wir den Bormuth
nicht ersparen, daß es die politische Welt ohne
Noth in Aufregung versetzt hat. In jenem Aus-
zuge (den wir bereits in der letzten Nummer
mittheilten) waren nämlich nur die dunklen Punkte
der Rede zusammengestellt, während die Licht-
verbreitenden Mittelglieder fehlten. Aus der
ausführlichen Wiedergabe, die wir weiter unten
abrufen, werden unsere Leser sehen, daß es sich
durchaus nicht um einen Krieg, sondern um die
Nothwendigkeit der Kriegsbereitschaft handelt —
an Bedanke, der nach Allem, was seit 1870

geschehen, weder etwas Neues, noch etwas beson-
ders Beunruhigendes hat.

Daß jeder Abgeordnete, der nicht geradezu die
Schwächung Deutschlands wünscht, die Forderung
Wollte's billigen und, wenn auch mit schwerem
Herzen, bewilligen mußte, scheint uns zweifellos.
Angenehmer wäre es ja freilich, wenn wir nicht
so empfindliche Opfer für unser einiges Deutschland
bringen müßten. Aber es geht eben nicht, und so
müssen wir in den fauern Apfel der Bewilligung
beißen. Von den reichsfeindlichen Parteien hat denn
auch nur die Fortschrittspartei an der Seite der
vaterlandlosen Fraktionen — der Ultramontanen,
der Socialisten, der Polen und der französischen
Protestanten aus Maß-Vorbringen — gegen die
Forderung gestimmt. Wir wollen die Herren
darob nicht scheitern. Glauben sie aber wirklich,
daß das deutsche Reich, dessen Freunde sie sich
nennen, unter den jetzigen Verhältnissen ohne ein
starkes Heer zu erhalten ist? Und glauben sie
wirklich, daß Herr Cugra Richter besser weiß,
was dem Heere frommt, als Wollte und sein
Generalstab?

Das Manifest des Kaisers Alexander
lautet: „Unsere treuen Unterthanen kennen das
schönste Interesse, welches uns verbindet den Ge-
schicken der von der Türkei unterworfenen christ-
lichen Bevölkerung gewidmet haben. Unser Wunsch,
das Volk derselben zu verbessern und zu gewöh-
nen, wird von der ganzen russischen Nation
getheilt, welche sich nunmehr bereit zeigt, neue
Opfer zu bringen, um die Lage der Christen in
der Balkan-Halbinsel zu erleichtern. Gut
und Blut unserer treuen Unterthanen ist uns
immer theuer gewesen. Unsere ganze Regierung
bezeugt die beständige Sorgfalt, Rußland die Wohl-
thaten des Friedens zu erhalten. Diese Sorgfalt
hat uns unaufhörlich seit dem Beginn der traurigen
Ereignisse in Bosnien, der Herzegowina und Bul-
garien befeuert. Wir hatten uns vor Allem das
Ziel gesetzt, auf dem Wege friedlicher Verhand-
lungen und im Einvernehmen mit den europä-
ischen Großmächten, unseren Verbündeten und
Freunden, zu einer Verbesserung der Lage der
Christen im Orient zu gelangen. Zwei Jahre
hindurch haben wir unaufhörlich Anstrengungen
gemacht, um die Pforte zu Reformen zu veran-
lassen, welche die Christen in Bulgarien, Bosnien
und der Herzegowina sicher stellen könnten vor
der Willkür der Localbehörden. Die Ausführung
dieser Reformen ging in absoluter Weise aus den
früheren Verpflichtungen hervor, welche die Pforte
feierlich dem gesammten Europa gegenüber
eingegangen war. Unsere Bemühungen, obwohl
unterstützt durch diplomatische Vorstellungen, welche
in Gemeinlichkeit mit anderen Mächten gemacht
worden, haben indessen das gewünschte Ziel nicht
erreicht. Die Pforte ist unerschütterlich geblieben
in der kategorischen Zurückweisung jedweder Bürger-
schaft für die Sicherheit der Christen; sie hat die
Beschlüsse der Conferenz von Konstantinopel ab-
gelehnt, welche von dem Wunsch geleitet war, alle
möglichen Mittel der Verbesserung anzuwenden,
um die Pforte zu überzeugen. Wir haben den
anderen Cabineten vorgeschlagen, ein Special-
protokoll abzuschließen, welches die wesentlichen
Bedingungen der Conferenz von Konstantinopel
in sich begreift und die Pforte aufzufordern,
sich diesem internationalen Acte anzuschließen,
welcher die äußersten Grenzen unserer friedlichen
Forderungen bezeichnet. Unsere Erwartung in-
dessen hat sich nicht erfüllt. Die Pforte hat dem
einstimmigen Wunsch des christlichen Europas nicht
nachgegeben, sie hat den Beschlüssen des Protokolls
sich nicht angeschlossen. Nachdem wir so alle
friedlichen Bemühungen erschöpft haben, sind wir
durch die hochmüthige Halsstarrigkeit der Pforte
genötigt, zu entscheidenden Acten überzugehen.
Das Gefühl der Billigkeit, das Gefühl unserer
eigenen Würde legt uns Dies gebieterisch auf.
Durch ihre Ablehnung hat uns die Pforte
in die Nothwendigkeit versetzt, zur Waffen-
gewalt unsere Zuflucht zu nehmen. Auf das Tiefste
überzeugt von der Gerechtigkeit unserer Sache
und indem wir in Demuth uns der göttlichen
Gnade und Hilfe anvertrauen, lassen wir unsere
treuen Unterthanen hierdurch wissen, daß der

Augenblick, welchen wir voraussehen, als Wir
jene Worte sprachen, auf welche ganz Rußland
mit so großer Einmüthigkeit antwortete —
daß dieser Augenblick gekommen ist. Wir hatten
die Absicht ausgesprochen, selbstständig zu handeln,
sobald wir es für notwendig halten sollten und
die Ehre Rußlands es erfordern würde. Indem
Wir heute den Segen Gottes auf unsere tapferen
Armeen herabsenden, theilen Wir ihnen den
Befehl, die Grenze der Türkei zu überschreiten.

Gegeben in Sankt Petersburg, den 12. (24.) April des
Jahres der Gnade 1877, im 23. Jahre unserer
Regierung.
gez. Alexander.“

Das Rundschreiben des Reichskanzlers Fürsten
Gortschakoff an die russischen Botschafter in
Berlin, Wien, Paris, London und Rom lautet
wie folgt: „Das kaiserliche Cabinet hat seit dem
Beginn der orientalischen Krisis alle Mittel seiner
Gewalt erschöpft, um unter Mitwirkung der
Großmächte eine dauerhafte Wiederherstellung des
Friedens in der Türkei herbeizuführen. Alle in
Folge des zwischen den Cabineten der Mächte
hergestellten Einverständnisses der Pforte nach
und nach gemachten Vorschläge sind jedoch auf
unüberwindlichen Widerstand der Pforte ge-
stoßen. Das am 19. (31.) März dieses Jahres
in London unterzeichnete Protokoll war der
letzte Ausdruck des Gesamtwillens Europas.
Das kaiserliche Cabinet hatte dazu, als zu
einem letzten Versuch, die Hand
abzugeben; es hatte durch eine dem Protokoll bei-
gegebene Declaration von demselben Tage die
Bedingungen bezeichnet, welche, wenn sie loyal und
ausreichend von der türkischen Regierung angenommen
und ausgeführt wurden, geeignet waren, die Wieder-
herstellung und Befestigung des Friedens herbei-
zuführen. Die Pforte hat mit einer abermaligen
Ablehnung darauf geantwortet. Dieser Ausgang
war von dem Londoner Protokoll nicht im Auge
gefaßt worden. Europa hatte indessen seine
Wünsche und Entschlüsse formulirt, sich darauf
bedürftig, zu bestimmen, daß die Großmächte,
falls sie in der Hoffnung sich getäuscht sehen
sollten, die Pforte, die zur Verbesserung der Lage
der christlichen Bevölkerung bestimmend und ein-
müthig als für die Ruhe Europas als unerläß-
lich erachteten Maßregeln mit Energie zur Aus-
führung bringen zu sehen, sich vorbehielten, ge-
meinsam die Mittel zu bezeichnen, welche sie für
geeignet halten würden, das Wohl der Bevölke-
rung und die Interessen des allgemeinen Friedens
zu sichern. So hatten die Cabinete den Fall
vorausgesehen, daß die Pforte die Versprechungen
nicht erfüllen würde, welche sie machen würde, aber
nicht den Fall, daß die Pforte die Forderungen
Europas zurückweisen würde. Zu gleicher Zeit
ist durch die Declaration, welche Lord Derby zu
dem Protokoll abgegeben hat, constatirt worden,
daß die Regierung Ihrer Maj. der Königin
von England nur im Hinblick auf die Interessen
des allgemeinen Friedens in die Unterzeichnung
des Protokolls gewilligt hätte, es sich von vorn-
herein verhalte, daß in dem Falle, wo dieser
Zweck nicht erreicht würde, nämlich die gegen-
seitige Abrüstung und der Friede zwischen Ruß-
land und der Türkei, das Protokoll als null und
nichtig betrachtet werden sollte. Die Ablehnung
der Pforte und die Motive, welche ihr zu Grunde
liegen, lassen keine Hoffnung, daß die Pforte den
Wünschen und Rathschlägen Europas entgegenkom-
men werde und schließen auch jede Garantie dafür
aus, daß die für die Verbesserung des Loses der
christlichen Bevölkerung ins Auge gefaßten Reformen
zur Ausführung gelangen. Sie machen auch den
Frieden mit Montenegro und die Ausführung der
Bedingungen unmöglich, unter denen die Abrüstung
und die Herstellung des Friedens herbeigeführt
werden konnte. Unter diesen Umständen ist jedes
Gelingen eines Ausgleichungsversuchs ausge-
schlossen und es bleibt nur die Wahl, entweder
den Zustand der Dinge fortzudauern zu lassen,
welchen die Mächte als mit ihren Interessen und
denen Europas für unvertäglich erklärt haben,
oder zu versuchen, durch Zwangsmittel Das zu
erreichen, was von der Pforte, auf dem Wege der
Verständigung zu erlangen den einmüthigen An-
strengungen der Mächte nicht gelungen ist. Mein
erhabener Herr hat beschlossen, Das zu unter-

nehmen, wozu Se. Majestät die Großmächte auf-
gefordert hatte, in Gemeinschaft mit ihm thätig
zu sein. Se. Majestät hat seinen Armeen Befehl
gegeben, die Grenzen der Türkei zu überschreiten.
Sie wollen diesen Befehl zur Kenntniss der Re-
gierung bringen, bei welcher Sie beurlaubt sind.
Indem mein erhabener Herr diesen Schritt thut,
erfüllt er eine Pflicht, welche ihm durch die In-
teressen Rußlands auferlegt ist, dessen friedliche
Entwicklung durch die beständigen Wirren im
Orient gehemmt wird. Se. Majestät hat die
Ueberzeugung, zu gleicher Zeit den Anschauungen
Europas zu entsprechen.“

Der russische Reichskanzler hat ferner an den
türkischen Geschäftsträger in Peters-
burg, Tawil Bey, folgende Note gerichtet:
„Nachdem die ersten Erörterungen zwischen der
kaiserlichen Regierung und der Pforte in Betreff
eines dauernden Friedens im Orient nicht zu der
erwünschten Einigung geführt haben, sieht Se.
Majestät, mein erlauchter Gebieter, zu seinem
Bedauern sich genötigt, seine Zuflucht zu der
Waffengewalt zu nehmen. Haben Sie daher die
Güte, Ihre Regierung zu benachrichtigen, daß
vom heutigen Tage ab Rußland sich als im
Kriegszustande der Pforte gegenüber befindlich be-
trachtet. Die erste Folge hiervon ist der Ab-
bruch der diplomatischen Verbindung der beiden
Länder. Ich ersuche Sie, mir gefälligst
anzeigen zu wollen die Anzahl und die Rang-
stellung der Personen, aus welchen die otto-
manische Botschaft besteht, damit Ihnen die
nötigen Pässe zugefertigt werden können. Was
die in Rußland befindlichen ottomanischen Unter-
thanen angeht, so sieht es Denjenigen, welche
das Land verlassen wollen, frei, dies ungehindert
zu thun. Diejenigen, welche es vorziehen sollten,
zu bleiben, dürfen sich des vollen Schutzes der
Befehle versichert halten.“

Der türkische Geschäftsträger hat dem Reichs-
kanzler nur eine Note zugehen lassen, in welcher
er sich kurz bei demselben verabschiedet.

Der Text der von Saviet Pascha an die
Vertreter der Pforte im Auslande gerichteten
Mittheilung lautet: „Der Minister der auswärtigen
Angelegenheiten an die Vertreter der Pforte
im Auslande, Konstantinopel, 24. April. Der
russische Geschäftsträger in Konstantinopel hat
heute eine Note an mich gerichtet, um mir an-
zuzeigen, daß er von seiner Regierung Befehl er-
halten hat, die diplomatischen Beziehungen mit
der hohen Pforte abzubrechen und Konstantinopel
mit dem Personal der Botschaft gleichzeitig mit
allen russischen Consulen im türkischen Reich zu
verlassen. Herr Melidoff ist schon mit den An-
gehörigen der Botschaft von Konstantinopel ab-
gereist. Die hohe Pforte hat ihr Möglichstes ge-
than, um einen solchen äußersten Schritt zu ver-
meiden, aber angefaßt der von der russischen
Regierung ergriffenen Initiative sieht sich die
Regierung Sr. Maj. des Sultans auch überseits
genötigt, zu befehlen, daß die ottomanische Bot-
schaft in Petersburg und die ottomanischen Con-
sulen in Rußland nach Konstantinopel zurück-
kehren.“

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 25. April.

In der Sitzung, welche die Gewerbecom-
mission am Dienstag abhielt, beschäftigte man
sich mit der geschäftlichen Behandlung der über-
wiesenen Anträge. Während einige Herren
wünschten, daß man aus dem Inhalt der vielen
Anträge und Resolutionen noch eine neue Reso-
lution componiren solle, war die Mehrheit der
Ansicht, daß während des noch etwa 1 1/2 Wochen
dauernden Refers der Session eine materielle
Durcharbeitung der vielen in den Anträgen steden-
den schwierigen Fragen ganz unmöglich und es
viel besser sei, statt einen solchen von vornherein
unmöglichen Versuch zu machen, vielmehr die
jahlreichen Petitionen sorgfältig zu prüfen, insbe-
sondere soweit sie neue Fragen betreffen. In
diesem Sinne stellten die Hgg. Grafenburg
und Dr. Wehrenpennig folgenden Antrag: „Der
Reichstag wolle beschließen: 1) den Antrag Graf
v. Galen und Benosen unter Nr. 71 der Druck-